

## Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2023

Sitzung des Gemeinderats am 16.11.2022

### 1. Einleitung

- Guter Tradition folgend lege ich heute dem Gemeinderat den Haushaltsplanentwurf für das nächste Jahr zur Beratung vor. Der Haushaltsplan beruht auf Annahmen, Prognosen und Abschätzungen. Noch nie war es wohl so schwierig, diese auf relativ sichere oder zumindest hoch wahrscheinliche Grundlagen zu stützen.
- Denn **große Unsicherheit** und sich **überlappende Krisen** dominieren zunehmend alle unsere Handlungsfelder:
  - Der andauernde, menschenverachtende Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine macht uns fassungslos. Ein Ende des Schreckens ist nicht in Sicht.
  - Wir spüren die Folgen des Krieges in Europa: Mangellagen in der Energieversorgung und die Destabilisierung kritischer Infrastrukturen werden zu ernsthaften Szenarien, explodierende Energiepreise belasten Bürger und Wirtschaft. Steigende Flüchtlingszahlen führen uns an die Kapazitätsgrenzen.
  - Das Corona-Virus sorgt nach wie vor für hohe Krankenstände, die Sorge um unsere Gesundheit vor Langzeitfolgen beunruhigt uns ebenso wie die Angst vor der Überforderung unserer Gesundheits- und Sozialsysteme vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel und demografischem Wandel.
  - Lieferengpässe, Knappheit an Personal und Material, hohe Inflation und rasanter Zinsanstieg führen zu bangenden Fragen um die wirtschaftliche Existenz in Wirtschaft und Zivilgesellschaft.
  - Die anhaltende Erderwärmung und ihre Folgen werden in unseren Breitengraden zunehmend spürbarer. Hitzeperioden, Starkregenereignisse und Naturkatastrophen zeigen uns die Grenzen unseres Daseins auf und fordern zu einem schnelleren und radikaleren Umlenken auf.
- Wir sehen uns also zunehmend einem Dauerkrisenmodus ausgesetzt. Krise ist das neue Normal. Lohnt es da überhaupt, einen Finanzplan zu beraten, der vielleicht schon morgen Makulatur ist? Ich sage: Ja, es lohnt sich. Denn der Haushaltsplan schafft nicht nur die **Grundlage für ein erfolgreiches und wirksames Krisenmanagement**, sondern er gibt

uns vor allem **Zuversicht in unsicheren Zeiten**, weil er auf einem soliden wirtschaftlichen Fundament steht und einen verlässlichen Rahmen für die Resilienz unserer Stadt bildet.

- Dass wir trotz aller Unsicherheiten und Krisenszenarien zuversichtlich sein dürfen, dazu geben uns viele dem Haushaltsplan zu Grunde liegenden Fakten Anlass.
  - So belegt Ulm nach dem aktuellen Ranking des Prognos-Zukunftsatlas unter den 411 Stadt- und Landkreisen mit dem elften Platz erneut eine Spitzenposition, wenn es um den Status-quo und die Zukunftsaussichten bei Themenfeldern wie Demografie und Arbeitsmarkt, Innovation sowie Wohlstand und soziale Lage geht.
  - Die Unternehmen der Region und ihre Beschäftigten sind ausgesprochen erfolgreich und kommen aus einer Dekade hohen Wirtschaftswachstums mit vollen Auftragsbüchern, Vollbeschäftigung und hohen Einkommens- und Vermögenszuwächsen.
  - Dementsprechend dürfen wir uns als Stadt aktuell wie in den vergangenen 10 Jahren über gesunde und stabile Finanzen mit hohen Steuereinnahmen freuen, die uns höchste Investitionen in die Zukunft unserer Stadt bei gleichzeitiger Entschuldung des städtischen Haushalts ermöglichen.
  - Mutmachende Zeichen für die Solidarität und Hilfsbereitschaft der Ulmerinnen und Ulmer zeigen sich in den kleinen wie in den großen Dingen: Sei es in ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingsarbeit, in der Zurverfügungstellung privaten Wohnraums für die Flüchtlingsunterbringung oder in vielen anderen karitativen, kulturellen oder sozialen Initiativen einer solidarischen und vielfältigen Stadtgesellschaft.
- Also: Wir haben keinen Grund zum Jammern. Geben wir vielmehr mit den anstehenden Beratungen dieses Haushalts ein **Zeichen der Zuversicht in unsicheren Zeiten**.

## 2. Lage der öffentlichen Haushalte und wirtschaftliche Erwartungen

### 2.1. Wirtschafts- und Finanzlage in Bund, Land BW und in der Stadt Ulm

Zunächst ein Blick auf die wirtschaftlichen Erwartungen und die Lage der öffentlichen Haushalte.

#### 2.1.1. Stadt Ulm

- In Ulm haben sich nach dem aktuellen Konjunkturbericht der IHK Ulm die Erwartungen der Wirtschaft in der IHK-Region Ulm in fast allen Branchen massiv verschlechtert. Die nach

oben schnellenden Kosten nagen an den Erträgen. Trotzdem geht es aktuell nur jedem sechsten Betrieb schlecht. Die Industrie hat noch gut gefüllte Auftragsbücher und viele Dienstleister und Einzelhändler konnten nach dem Ende der meisten Corona-Schutzmaßnahmen bis in den Sommer hinein von einer verbesserten Konsumlaune profitieren.

- Sofern eine größere Insolvenzwelle vermieden wird, dürften sich die negativen Auswirkungen der Energiekrise auf den regionalen Arbeitsmarkt in Grenzen halten. Die Arbeitslosenquote im Agentur-Bezirk Ulm stand im Oktober 2022 auf einem sinkenden Stand von 2,5 Prozent.
- Trotz der vielfältigen Kriseneinflüsse kann die **Stadt Ulm die Jahre 2021 und 2022 mit hohen Steuereinnahmen abschließen**, welche die Rückführung der Verschuldung bei gleichzeitig hohen Investitionstätigkeit und Fertigstellung der Großprojekten wie dem Parkhaus am Bahnhof und dem Bahnhofplatz ermöglichen.

#### 2.1.2. Bund und Land

- Der Haushaltsplanentwurf 2023 steht also auf einem stabilen und soliden Fundament. Ihm liegt die Mai-Steuerschätzung 2022 zu Grunde. Aktualisierungen aufgrund der Steuerschätzung vom Oktober 2022 erfolgen mit der Änderungsliste, es sind aber keine erheblichen Veränderungen zu erwarten, da zusätzliche Bedarfe durch die besser ausgefallene Oktober-Steuerschätzung wieder aufgefangen werden
- Nach der Herbstprojektion der Bundesregierung wächst die deutsche Volkswirtschaft im laufenden Jahr nur noch um 1,4 % und schrumpft im nächsten Jahr um 0,4 %. Das hohe Niveau der Energiepreise bremst die Industrieproduktion vor allem in energieintensiven Bereichen. In der Baubranche wird aufgrund des rasanten Zinsanstiegs und der Materialknappheit eine Abkühlung erwartet. Der private Konsum dürfte aufgrund des Kaufkraftverlusts im nächsten Jahr rückläufig sein. Die Verbraucherpreise bleiben auf einem hohen Niveau. Die Bundesregierung prognostiziert eine Inflationsrate von 8,0 % im Jahr 2022 und 7,0 % im Jahr 2023.
- Die Bundesregierung reagiert auf die Krisen mit nie dagewesenen Entlastungspaketen und läutet eine Zeitenwende ein: 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr, 300 Mrd. € Sondervermögen für die Entlastungspakete I- III und einen wirtschaftlichen Abwehrschirm. "Doppelwumms", Gaspreisbremse und 49-€-Ticket dominieren die politische Debatte, während die Bundesschuld im Bundeshaushalts in ungeahnte Höhen auf 1,57 Billionen € ansteigt, währenddessen der Finanzminister formal die grundgesetzliche Schuldenbremse als erfüllt ansieht.

- Der Doppelhaushalt 2023/2024 für das Land Baden-Württemberg soll nun doch entgegen der früheren Ankündigungen die Aufnahme einer Milliarde neuer Schulden ermöglichen, obwohl die aktuelle Steuerschätzung 2,5 Mrd. Mehreinnahmen bringt. Die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler bleibt aus Sicht der Kommunalen Spitzenverbände hinter den Erwartungen zurück und auch auf der Landesebene sind die Verhandlungsergebnisse der Gemeinsame Finanzkommission zwischen Landesregierung kommunalen Landesverbänden in vielen Punkten nicht auskömmlich.
- Man fragt sich bei all dem: Wo bleibt die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger? Der Staat kann keine Vollkaskoversicherung für alle Krisen dieser Welt ausstellen. Vor allem kann er nicht ständig mit der Gießkanne Entlastungen für alle beschließen. was es braucht sind **zielgenaue, differenzierte und bedarfsgerechte Unterstützungen der Bedürftigen**.
- Nicht umsonst warnt der Bundesrechnungshof in einem Bericht im August vor der Überforderung der Staatsfinanzen angesichts stark steigender Ausgaben. In den kommenden Jahrzehnten würden „die demografiebedingten Ausgaben erheblich ansteigen und damit zu einer wachsenden Herausforderung für die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen“.

## 2.2. Rahmenbedingungen, Chancen und Risiken

- Die warnenden und mahnenden Stimmen mehren sich und zeigen auf, dass sich **etwas an den Rahmenbedingungen verändern muss**.
- So mahnt der Gemeindetag Baden-Württemberg in einem Positionspapier von September 2022, dass die Belastungsgrenzen überschritten sind und es kein "Weiter so" geben darf. Neue Standards, Rechtsansprüche und gesetzliche Leistungen seien nicht mehr erfüllbar, ohne dass das Bestehende überprüft und angepasst wird. Anspruch und Wirklichkeit müssten wieder zusammenfinden, sonst drohe das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und seine Institutionen weiter zu sinken. Der fürsorgende Staat müsse sich reduzieren, die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger müsse wieder an Bedeutung gewinnen. Dazu brauche es eine **neue Kultur der Eigenverantwortung und ein kluges Erwartungsmanagement**. Die „Belebung des Gemeingeistes und des Bürgersinns“ müsse im 21. Jahrhundert wieder verstärkt gelingen. Ulmischer hätte man das kaum formulieren können.

- In dasselbe Horn stößt der vor wenigen Tagen unter der Überschrift "In großer Sorge um unser Land" publizierte offene Brief der kommunalen Landesverbände, der baden-württembergischen Wirtschaft und des Sparkassen- und Genossenschaftsverbandes an Herrn Ministerpräsident Kretschmann. Ich zitiere:
- "Die Zeit eines ungebremsten Draufsatteln bei Standards, Rechtsansprüchen und staatlichen Leistungszusagen ist vorbei. Wir brauchen einen Wandel hin zu einem modernen Zukunftsstaat mit verlässlichen und umsetzbaren Zusagen."
- Und weiter: "Um dies zu überwinden, bedarf es einer Flexibilisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen hin zu einer echten Subsidiarität, eines spürbaren Abbaus von Regulierungsstandards und einer konsequenten Aufgabenkritik und Entbürokratisierung. Ein Weniger aber dafür richtig, verlässlich und schnell muss zum Maßstab gesetzgeberischer Regulierung werden."

### 3. Eckwerte des Haushalts 2023

#### 3.1. Überblick über den Ergebnishaushalt 2023

Damit komme ich zu den Eckwerten des Haushalts 2023 und gebe einen Überblick zunächst über den Ergebnishaushalt.

##### 3.1.1. Wichtigste Kennzahlen des Ergebnishaushalts 2023

- Der Haushalt 2023 hat ein Volumen von 561 Mio. € an Aufwendungen. **Das Volumen ist stark angewachsen; wir geben nicht weniger, sondern mehr aus.**
- Die wichtigsten Kennzahlen des Ergebnishaushalts sehen auf den ersten Blick schlecht aus, denn sie haben negative Vorzeichen:
  - So liegt das **ordentliche Ergebnis im negativen bei -7 Mio. €**, d.h. der Werteverzehr an unserem Vermögen, der sich auf 51 Mio. € an Abschreibungen summiert, wird nicht vollständig erwirtschaftet.
  - Ebenso planen wir mit einem **negativen Zahlungsmittelüberschuss von -13 Mio. € und einer negativen Nettoinvestitionsrate von -21 Mio. €**. Die ordentliche Kredittilgung wird nicht aus dem laufenden Verwaltungsbetrieb heraus erwirtschaftet.
- Auf den zweiten Blick finden wir im Haushaltsplanentwurf aber auch Kennzahlen, die **der Stadt ein gutes Zeugnis über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit geben:**
  - So liegt der Aufwandsdeckungsgrad bei 98,8 %, d.h. bis auf 1,2 % sind alle Aufwendungen aus Erträgen gedeckt. Der Rest der Aufwendungen, das sind rund 7 Mio. €, muss aus den Überschüssen der Vorjahre gedeckt werden.
  - Mit 2.313 € je Einwohner verfügt die Stadt über eine hohe, überdurchschnittliche Steuerkraft. Das hohe erwartete Steueraufkommen rechnet mit keiner Rezession und liegt auf dem hohen Niveau des Jahresabschlusses 2021.
  - 52,8 % der Aufwendungen, also über die Hälfte des Haushaltsvolumens, werden aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Das bedeutet: Jeder

Euro, den die Stadt ausgibt, wird vom Steuerzahler mit 53 Cent subventioniert. Ein Hinweis dafür, die Kostendeckungsgrade unserer gebühren- und entgeltfinanzierten Einrichtungen im Blick zu behalten und die Abgabensätze regelmäßig an steigende Kosten anzupassen sowie von Sparpreisen und "Kostenlos-Angeboten" die Finger zu lassen.

- Die Finanzkennzahlen zeigen also: Der Haushalt 2023 ist kein Grund, um Angst haben oder panisch werden zu müssen. Er gibt vielmehr Anlass, ruhig und besonnen die richtigen Dinge zu tun: **Nicht in unseren Anstrengungen um wirtschaftliche Stärke, um soziale Ausgewogenheit, um ökologische Transformation und um finanzielle Solidität nachzulassen.**

### 3.1.2. Budgetentwicklung 2022 auf 2023

- Dass der Haushalt 2023 kräftig wächst, zeigt die **Entwicklung der Zuschussbedarfe unserer Fachbereichsbudgets**, die - bereinigt um die Konsolidierung - um **+5,6 % auf 308 Mio. € zulegen**.
- In absoluten Zahlen gesprochen sind es 16 Mio. € mehr als in 2022, die den Fachbereichsbudgets zur Verfügung stehen.
- Davon entfallen allein knapp **11 Mio. € an Steigerungen beim Personalaufwand** aufgrund bislang bekannter Tarifabschlüsse und Besoldungsanpassungen.
- Ebenso machen sich die steile Preiskurve bemerkbar, die zu **höheren Kosten insbesondere bei der Energiebeschaffung für unsere Gebäude und für die Straßenbeleuchtung** führt. Dort rechnen wir insgesamt mit +3 Mio. € mehr.
- Wie bereits im vergangenen Jahr beschlossen, berücksichtigt die Budgetentwicklung einen Konsolidierungsbetrag von 2,3 Mio. €, um den die Fachbereichsbudgets bereinigt wurden. Die einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen sind in den Vorberichten der Fachbereichsbudgets aufgeführt und entsprechen inhaltlich dem, was wir bereits im vergangenen Jahr bei der Beratung des Konsolidierungspakets 2021 - 2023 festgelegt haben. Zur Erinnerung: Es handelt sich um ein Paket im Umfang von 5 Mio. € von überwiegend strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen, die weitestgehend in den Jahren 2022 und 2023 umgesetzt werden. **Die Konsolidierung ist damit aber nicht erledigt. Sie ist und**

**bleibt eine Daueraufgabe.** Dies kommt nicht zuletzt durch die sog. "blauen" Maßnahmen zum Ausdruck, die wir als strukturelle Prüfungsaufträge im Konsolidierungskonzept gesammelt haben und die für die Fachbereiche ein To Do der nächsten Monate und Jahre bleibt.

### 3.1.3. Entwicklung der Allgemeinen Finanzmittel 2023

- Erfreulicherweise steigen nicht nur die Aufwendungen, sondern auch die Erträge. Insgesamt weist der Haushaltsplan **+6 % mehr Allgemeine Finanzmittel** aus als in 2022, in absoluten Zahlen sind es 302 Mio. €. Dieses hohe Niveau entspricht dem im Jahresabschluss festgehaltenen Steueraufkommen aus dem sehr steuerstarken Jahr 2021.
- Dieser Optimismus zeigt sich im Gewerbesteueraufkommen, bei dem wir mit stolzen 110 Mio. € planen, und im Einkommensteueranteil, der auf 87 Mio. € anwächst. Beides sind historisch hohe Planwerte, die wir uns nur dank der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erlauben können, denen ich an dieser Stelle sehr herzlich danke.

### 3.1.4. Außerordentliches Ergebnis

- Erstmals planen wir ein außerordentliches Ergebnis und fügen uns damit den langjährigen Hinweisen des Rechnungsprüfungsamtes und der Gemeindeprüfungsanstalt. Es ist in Erträgen und Aufwendungen ausgeglichen und hat ein Volumen von 4 Mio. €. Bei den Erträgen wird mit der Realisierung weiterer Grundstückserlöse über Buchwert gerechnet, bei den Aufwendungen handelt es sich um außerordentliche Abschreibungen aufgrund von Bewertungskorrekturen.

## 3.2. Überblick über den **Finanzhaushalt 2023** und die **mittelfristige Finanzplanung bis 2026**

Damit komme ich zum Überblick über den Finanzhaushalt und die mittelfristige Finanzplanung.

### 3.2.1. Wichtigste Kennzahlen des **Finanzhaushalts 2023**

#### 3.2.1.1. Auszahlungen

- Das **Investitionsvolumen des Haushalts strotzt vor Optimismus und Zuversicht:** Wir wollen im nächsten Jahr 145 Mio. € investieren, davon allein in städtische Baumaßnahmen 94 Mio. €.

- Unsere **städtischen Gesellschaften** tun es dem Stadthaushalt gleich und investieren ebenso mit **historischen Höchstwerten in den Ausbau ihrer Infrastruktur und in den Wohnungsbau**. In der Summe beträgt das Investitionsvolumen unserer Gesellschaften 174 Mio. €.
- Stellvertretend für viele sei ein Beispiel angemerkt, der Glasfaserausbau durch die SWU. Mit einem Investitionsvolumen von 211 Mio. € hat die SWU einen Masterplan entwickelt, der über drei Ausbaukorridore und rund 60 Ausbaucuster in den kommenden Jahren zu einem flächendeckenden Glasfaserausbau in der ganzen Stadt beitragen soll. Dies gelingt nur mit der Unterstützung staatlicher Förderung und in Abstimmung des Infrastrukturausbaus der Wettbewerber auf dem Telekommunikationsmarkt.
- Alles in allem summieren sich die Investitionen im Stadtkonzern auf die stolze Summe von 319 Mio. €. Damit **leistet die Stadt und ihre Gesellschaften einen kraftvollen Beitrag zur Zukunftssicherung der Daseinsvorsorge Ulms**. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die regionale Wirtschaft Arbeit und Aufträge hat. Diese Stabilisierungswirkung öffentlicher Auftraggeber ist gerade in den aktuellen Zeiten wichtig, in denen sich die wirtschaftliche Stimmung eintrübt.
- Zur Wahrheit gehört aber auch: Wir werden selbst bei bester Anstrengung und höchstem Leistungseinsatz nicht alles im Jahr 2023 schaffen, was wir uns heute für das nächste Jahr vornehmen. Das zeigt sich - wie bereits in den Vorjahren - an der Verschiebung von Planraten aus 2022 in Höhe von 7,5 Mio. € in die Folgejahre. Und es wird sich wieder an relativ hohen Ermächtigungsüberträgen in der Größenordnung von über 20 Mio. € zeigen, die wir im Jahresabschluss 2022 bilden werden.
- Das sagt uns: Bei aller berechtigten Ambition und Verpflichtung für die kommenden Generationen müssen wir uns **auf das Machbare konzentrieren, eine Überforderung von Personal und Bürgerschaft vermeiden und noch realistischere Prioritäten** setzen.

#### 3.2.1.2. Einzahlungen

- Zur Finanzierung der Investitionen erwarten wir **Einzahlungen in Höhe von 59 Mio. €, davon insbesondere 25 Mio. € an Investitionszuwendungen**.

Das ist ein ausgesprochen hoher Wert, der sich von den Vorjahren deutlich absetzt. Grund dafür ist, dass im Jahr 2023 für viele bereits in den Vorjahren begonnene Maßnahmen beantragte Fördermittel eingehen werden, wie z.B. für den Radweg Kienlesbergstraße oder den Hochwasser- und Starkregenschutz in Einsingen. Das freut uns natürlich sehr und ich danke den Fördergebern herzlich für diese notwendige Unterstützung.

- Einen maßgeblichen Finanzierungsbeitrag leisten unsere **Sparbücher, die ein Musterbeispiel für vorausschauende und solide Haushaltsführung** sind. Zum Jahresende 2022 werden in den Sparbüchern voraussichtlich rund 146 Mio. € angespart sein. Daraus ist für 2023 eine Entnahme von insgesamt rund 72 Mio. € eingeplant. Allein aus dem Allgemeinen Sparbuch können 50 Mio. € an Liquidität für die Auflösung durch Rückstellungen bereitgestellt werden, die Sanierungen an den Schulgebäuden werden aus dem Sanierungs- und Modernisierungsfonds mit 20 Mio. € finanziert.
- Die hohen Steuereinnahmen der Vorjahre, die sich in den Sparbüchern wieder spiegeln, zahlen sich damit aus und **reduzieren die Kreditaufnahme auf einen Planwert von netto 15 Mio. €**. Der Schuldenstand würde somit auf 100 Mio. € zum Jahresende 2023 ansteigen, wenn unter sonst gleichen Annahmen alle Investitionsmittel abfließen. Dass man daran Zweifel haben darf, zeigt wie bereits in den Vorjahren auch der aktuelle 3. Finanzzwischenbericht für das laufende Jahr 2022, der zum 31.12.2022 einen Abfluss der eingeplanten Investitionsmittel in Höhe von 60 % prognostiziert. Wir werden deswegen die für 2022 eingeplanten Kreditaufnahmen nicht in Anspruch nehmen, sodass die Verschuldung der Stadt zum Jahresende 2022 auf 85 Mio.€ sinkt.

### 3.2.2. Mittelfristige **Finanzplanung bis 2026**

- Die mittelfristige Finanzplanung bis 2026 zeichnet ein **zuversichtliches Bild in der Entwicklung der städtischen Finanzlage**: Wir sehen weiterhin ein hohes Niveau an Erträgen, am deutlichsten sichtbar an den stetig steigenden Prognosen für das Gewerbesteueraufkommen (2026: 125 Mio. €) und des Einkommensteueranteils (2026: 103 Mio. €).

- Dies führt dazu, dass wir von 2024 bis 2026 trotz stark steigenden Aufwendungen zu ausgeglichenen Haushalten kommen, welche die Mindestzahlungsmittelüberschüsse erreichen.
- Dies ist auch erforderlich, denn es sind in diesen Jahren weiterhin sehr hohe Investitionsvolumina von um die 140 Mio. € pro Jahr vorgesehen. Diese hohen Investitionsvolumina sind vor allem geprägt von **mächtigen Infrastrukturmaßnahmen insbesondere bei Brückenbauwerken und Schulgebäuden**.
- Diese großen Investitionen werden nur möglich sein, wenn **neue Kredite aufgenommen und ein Anstieg der Verschuldung in Kauf genommen werden**. Eingeplant sind rund 100 Mio. € neue Kredite bis 2026, die Verschuldung würde damit auf rund 180 Mio. € ansteigen. Der Schuldendienst würde ebenso entsprechend ansteigen und den Haushalt mit über 12 Mio. € im Jahr 2026 belasten.
- Dass dies eine gewaltige Herausforderung für die Stadt bedeutet, wird auch an den hohen **Verpflichtungsermächtigungen** deutlich, die mit fast 80 Mio. € angesetzt werden. Das ist der doppelte Wert von dem, was wir im Durchschnitt der Vorjahre an Verpflichtungsermächtigungen eingeplant haben. Das muss man sich schon mal auf der Zunge zergehen lassen: Zusätzlich zu den bereits für 2023 eingeplanten 150 Mio. € an Investitionsauszahlungen können wir in 2023 für weitere 80 Mio. € Aufträge erteilen, die dann erst in den Folgejahren zahlungswirksam werden. Das heißt, wir können auf der Grundlage dieses Haushalts im Jahr 2023 über ein **Auszahlungsvolumen von 230 Mio. €** verfügen. Dies führt auch bei der Kommunalaufsicht, die diesen Gesamtbetrag an Verpflichtungsermächtigungen zu genehmigen hat, zu Stirnrunzeln. Es ist eine **hohe Belastung für die nächsten Haushaltsjahre**, in denen durchweg Kreditaufnahmen vorgesehen sind. Also durchaus ein Haushaltsrisiko für die Zukunft.
- Um dieses Risiko zu beherrschen, braucht es neben einem disziplinierten Haushaltsvollzug und einem strengen Investitionscontrolling vor allem eine **konsequente Fortsetzung und Intensivierung unseres wirtschaftspolitischen Kurses**, wie er erst in der jüngsten Gemeinderatssitzung auf Grundlage der **GD Wirtschaft und Arbeit 2030** beraten wurde. Dieser steht unter den Schlagworten "Arbeit für Alle", "Wohnraum für Alle" und "optimale Bildungsvoraussetzungen für Alle" und setzt darauf, dass durch eine noch stärkere Förderung von

Hinweis: Es gilt das gesprochene Wort

Innovation und durch den intensiven Transfer von Forschung und Produktion das Wertschöpfungspotenzial des Wirtschaftsstandortes Ulm gesichert wird. Deswegen gilt es, die Aktivitäten aus dem beschlossenen 10-Punkte-Plan mit hoher Priorität sowie mit Beständigkeit und Nachdruck weiter zu verfolgen.

## 4. Budgets der Fachbereiche

Die Wahrnehmung der Sach- und Finanzverantwortung durch die Fachbereiche, in der Fachsprache dezentrale Ressourcenverantwortung genannt, ist ein grundlegendes Strukturelement unseres Finanzmanagements und ein elementares Organisationsprinzip der Stadtverwaltung. Sie kommt zum Ausdruck in der Übertragung der Finanzverantwortung für die Fachbereichsbudgets an die Fachbereiche und die Bemessung der Budgets an den quantitativen und qualitativen Zielen des Fachbereichs.

### 4.1. Fachbereich Bildung und Soziales

Der Fachbereich Bildung und Soziales verfügt mit einem Zuschussbedarf von 181 Mio. € über das größte Budget, es macht einen Anteil von 59 % am gesamten Zuschussbedarf aus.

#### 4.1.1. Schwerpunktthema Leistungen der Jugend- und Sozialhilfe

- Wiederum den größten Anteil daran haben die Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe. Im Jahr 2023 wird erwartet, dass der Zuschussbedarf für diese Leistungen um rund 2 Mio. € auf 57 Mio.€ steigen wird. **Der steile Anstieg der vergangenen Jahre setzt sich weiter fort.**
- Dies liegt zum einen an der Zunahme der Anspruchsberechtigungen und der damit verbundenen Leistungsausweitungen bei den freien Trägern in der Eingliederungshilfe. Die Reform der Eingliederungshilfe durch das Bundesteilhabegesetz hinterlässt hier deutliche Spuren im Haushalt der Stadt, die durch die nach wie vor ungeklärte konnexitätsrelevanten Fragen wohl dauerhaft an uns hängen bleiben werden.
- Zum anderen sind höhere Fallzahlen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) zu erwarten, bedingt vor allem durch den Anstieg ukrainischer Flüchtlinge und deren Wechsel in den Leistungsbezug nach SGB II. Da der Bund sich für diesen Rechtskreiswechsel entschieden hat und diese Entscheidung wohl nicht revidieren wird, ist es folgerichtig, dass die Mehraufwendungen in vollem Umfang von Bund und Land übernommen werden. Es kann nicht sein, dass diese Lasten an den kommunalen Haushalten hängen bleiben. Denn es geht um beachtliche Summen: Für das Jahr 2022 gehen wir von Mehraufwendungen für ukrainische Flüchtlinge von 7 Mio. €, für das Jahr 2023 von 14 Mio. € aus.

#### 4.1.2. Schwerpunktthema Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen

- Neben dem Leistungsbezug **bleiben den Kommunen immense Anstrengungen und Aufwendungen für die Unterbringung, Betreuung und Integration von geflüchteten Menschen, insbesondere auch von unbegleiteten minderjährigen Ausländern.** Aufgrund der wachsenden Zahl von Flüchtlingen aus der Ukraine wie auch aus anderen Krisenregionen der

Erde bleibt diese Schwerpunktaufgabe eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre, denen wir unsere ganze Kraft widmen müssen.

- Wie sich die Lage beim Flüchtlingszugang weiterentwickelt, ist unsicher und deswegen schwierig zu prognostizieren. Wir sind gut beraten, wenn wir vor der Lage bleiben und entsprechende Vorbereitungen für einen weiteren erheblichen Anstieg der Flüchtlingszahlen auf 3.200 Menschen treffen. Nicht umsonst ist bereits seit Kriegsbeginn ein Krisenstab zur Bewältigung des Flüchtlingszugangs eingesetzt, dessen Arbeitsgruppe Unterbringung sich intensiv um die Schaffung ausreichender Kapazitäten für ein menschenwürdiges Obdach der Flüchtlinge kümmert.
- Dementsprechend gehen wir von einem Anstieg des Zuschussbedarfs im Schwerpunktthema Flüchtlinge von rund 1,7 Mio. € auf 7 Mio. € aus. Das ist ein Anstieg von rund 30 %. Darin noch nicht vollständig berücksichtigt sind die Folgekosten, die wir für den Betrieb der in 2023 zusätzlich zu schaffenden Unterbringungskapazitäten aufwenden müssen, wie zum Beispiel für den Betrieb von Wohncontaineranlagen in den Ulmer Ortschaften, für die wir ja unter TOP 4 die Beschaffung für Wohncontainer im Umfang von bis zu 10 Mio. € beraten.
- All dies zeigt: Es braucht die **dringende finanzielle Unterstützung des Landes und des Bundes**, damit die Herausforderung der Flüchtlingsunterbringung, ihrer Betreuung und ihrer Integration in den Städten und Landkreisen bewältigt werden kann. Ob die zwischen Bundeskanzler und Ministerpräsidenten vereinbarten Milliarden ausreichen werden, um die konkret vor Ort entstehenden Mehraufwendungen zu decken, darf vorsichtig bezweifelt werden. Doch alles Jammern hilft nichts: Menschen, die aus Krieg und Not flüchten müssen, **ein menschenwürdiges Obdach zu geben und ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen**, ist eine humanitäre und solidarische Aufgabe, die uns, Haupt- wie Ehrenamtliche, fordert und der wir uns stellen.

#### 4.1.3. Schwerpunktthema Kinderbetreuung

- Große Schwerpunktthemen im Fachbereich Bildung und Soziales sind die Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen und an den Schulen. Für beide Bereiche zusammengenommen wenden wir in 2023 Steuermittel in Höhe von 55 Mio. € auf, um den aus Entgelten und Zuweisungen nicht gedeckten Zuschussbedarf zu finanzieren.
- Ein besonders **starker Anstieg um rund 12 % ist bei der Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen** zu verzeichnen, der in 2023 fast 45 Mio.€ betragen wird. Hier schlagen sich neben der Inbetriebnahme zusätzlicher Einrichtungen vor allem der Tarifabschluss im Sozial- und Erziehungsdienst nieder.

- Beide Bereiche haben eine stark wachsende Tendenz, getrieben einerseits durch das Einwohnerwachstum, getrieben andererseits durch **Rechtsansprüche und Standards**, allem voran der kommende Rechtsanspruch auf die Ganztagesbetreuung in der Grundschule, der zwar beschlossen wurde, aber nicht auskömmlich finanziert ist. Hier wird konkret, wovon in dem zitierten Brandbrief der Verbände gewarnt wurde: Es droht eine Überforderung des Staates, wir müssen Standards und Ansprüche wieder auf ein verkräftbares Maß heruntersetzen.

#### 4.1.4. Schwerpunkt Digitalisierung an Schulen

- Die dauerhafte Unterstützung des Landes braucht es auch bei der Digitalisierung an Schulen. Mit Hilfe der Mittel aus dem Digitalpakt und der begleitenden Programme gelingt es uns nach und nach, die infrastrukturellen Voraussetzungen an unseren Schulen für eine zeitgemäße und anforderungsgerechte Medienpädagogik für jede Klassenstufe und für alle Fächer in jeder Schulart zu ermöglichen.
- Wie wir allerdings wissen, geht Digitalisierung nicht wieder weg und hört nicht auf einmal auf. Der Digitalisierung der Schulen folgen vielmehr dauerhafte Administrationsaufwände und laufende Ersatzbeschaffungen. Deswegen braucht es eine **dauerhafte finanzielle Förderung dieser Aufwendungen durch das Land**.

#### 4.2. Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Der Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt verfügt mit einem Zuschussbedarf von 64 Mio. € über das zweitgrößte Budget, es macht einen Anteil von 21 % am gesamten Zuschussbedarf aus.

##### 4.2.1. Schwerpunkt Unterhaltung und Bewirtschaftung des Vermögens

- Einen großen Anteil daran haben die Aufwendungen für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Unterhaltung der städtischen Infrastruktur. Sie steigen im Jahr **2023 auf den Rekordwert von 53 Mio. €**, das sind rd. 4 Mio. € mehr als im Vorjahr.
- Diese hohen Finanzmittel sind für den Substanzerhalt der städtischen Infrastruktur dringend erforderlich und haben höchste finanzpolitische Priorität. So sind für den Gebäudeunterhalt 13 Mio. € eingeplant, unter anderem auch eine halbe Million für die Sanierung der Sanitäreinrichtungen des Donaustadions. Weitere gut 13 Mio. € werden für den Unterhalt von Straßen, Brücken, Plätzen, Feldwegen und Grünanlagen zur Verfügung gestellt.
- Ein wesentlicher Grund für den enormen Anstieg der Aufwendungen sind die **explodierenden Energiepreisen**, mit denen die Stadt - wie Verbraucher und Unternehmen - zu kämpfen hat.

So steigen die Energieaufwendungen im städtischen Gebäudebestand um 26 % und die Stromkosten für die Straßenbeleuchtung um 47 % an und es wird mit Blick auf die Änderungsliste weitere Steigerungen geben. Ein Grund, noch sparsamer im Verbrauch zu sein und unseren Stufenplan zur Energieeinsparung sehr ernst zu nehmen. Nicht nur, um sicher über den Winter zu kommen, sondern auch um den extremen Anstieg von Kosten zu dämpfen.

#### 4.2.2. Schwerpunkt Mobilität

- Ein weiteres Schwerpunktthema im Budget des Fachbereichs ist die Mobilität, deren **Umbau zur Erreichung der Klimaschutzziele notwendig ist**. Die Grundlage dazu bietet das vom Gemeinderat beschlossene Handlungsprogramms Mobilität, für dessen Umsetzung über alle Mobilitätsträger hinweg perspektivisch weiteren Finanzeinsatz erfordert.
- So planen wir im Jahr 2023 mit 9,5 Mio. € an Aufwendungen und mit 7,5 Mio. € an Erträgen, sodass der aus städtischen Steuermitteln zu finanzierende Zuschussbedarf bei guten 2 Mio. € liegt. Das ist ein Anstieg von knapp 1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr.
- Grund dafür sind vor allem neben der Einführung des landesweiten Jugendtickets BW für 365 €/Jahr vor allem Leistungsausweitungen bei der Regio-S-Bahn. Dies zeigt, dass allein mit Tarifmaßnahmen im ÖPNV keine Mobilitätswende zu erreichen ist, mit Niedrigstpreisen und kostenlos-Angeboten schon gleich gar nicht. Viel wichtiger als eine 3 Mrd. teure Anschlusslösung für das 9 €-Ticket wäre es daher, den Finanzmitteleinsatz auf den Angebotsausbau, die Taktverdichtung und die Ertüchtigung der Infrastruktur zu konzentrieren.

#### 4.3. Fachbereich Kultur

- Der Fachbereich Kultur verfügt über das drittgrößte Budget im Umfang von 39 Mio. € Zuschussbedarf. Es steigt um rund 2 Mio. € an, verursacht vor allem durch Tarifsteigerungen bei den Personalaufwendungen im Umfang von 1,8 Mio. €. Dabei kommt vor allem der Tarifabschluss für Solomitglieder und künstlerisch beschäftigte Bühnentechniker am Theater zum Tragen. Die tariflich vereinbarte Anhebung und Dynamisierung der Mindestgagen setzen wir - wie bisher - einschließlich eines Ulmer Aufschlags um.
- Dasselbe Tarifniveau anerkennen wir auch in der institutionellen Förderung der freien Bühnen. Mit der Änderungsliste werden wir daher die Zuschüsse entsprechend nach oben anpassen.

#### 4.4. Fachbereiche ZSD, OB und BD

Die restlichen Budgets der Fachbereiche Oberbürgermeister, Zentrale Steuerung und Dienste sowie Bürgerdienste umfassen zusammengenommen einen Zuschussbedarf von 24 Mio. € Auch sie wachsen zusammengenommen um 1 Mio. € an.

#### 4.4.1. Schwerpunkt Digitalisierung der Verwaltung

- Zu diesem Budgetwachstum trägt ein Mehrbedarf von 0,8 Mio. € bei, der die im Schwerpunktthema "Digitalisierung der Verwaltung" bereitgestellten Finanzmittel auf 2,5 Mio. € erhöht. Daneben werden im Finanzhaushalt 3,5 Mio. € bereitgestellt, die für IT-Projekte und Investitionsmaßnahmen in die Erneuerung der Infrastruktur vorgesehen sind.
- Die Mittel im Ergebnishaushalt werden hauptsächlich für die Schaffung zusätzlicher Personalstellen eingesetzt, um die in der Roadmap "Digitale Verwaltung der Stadt Ulm" gesetzten Ziele und Maßnahmen umzusetzen und dauerhaft bereitzustellen. Insgesamt sind für das Jahr 2023 10,5 neue Stellen für Digitalisierungsthemen vorgesehen. Zu deren Einsatzgebiete sowie zum Stand und zum Ausblick der Verwaltungsdigitalisierung verweise ich auf den Bericht in der heutigen Sitzung unter TOP 2.
- Die Schwerpunkte der Digitalisierungsstrategie liegen in den nächsten Jahren insbesondere bei der schnittstellenfreien Anbindung von Online-Prozessen an die ca. 240 städtischen Fachverfahren, bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes oder der Optimierung von Verwaltungsprozessen, z.B. durch die Einrichtung eines einheitlichen Stammdatenmanagements.

#### 4.5. Personalaufwendungen

- In allen Budgets trägt der **stark steigende Personalaufwand** zum Anstieg der Zuschussbedarfe bei. Insgesamt steigen die Personalaufwendungen gegenüber dem Plan 2022 um rund 11 Mio. € auf 177 Mio. €. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 6,5 %.
- Ursächlich dafür sind **hauptsächlich hohe Tarifabschlüsse**, insbesondere im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes und des Bühnenpersonals, sowie die bereits zum Dezember in Kraft tretende Besoldungsstrukturreform, die durch die Anhebung der Eingangsgänter im mittleren und gehobenen Dienst zu erheblichen strukturellen Verwerfungen führt. In der Summe machen die eingeplanten Tarifsteigerungen und Besoldungserhöhungen rund 10 Mio. € aus.
- Noch nicht berücksichtigt ist der Tarifabschluss im TVöD, der für das Frühjahr 2023 zu erwarten ist. Die ausgesprochen hohe Tarifforderung der Arbeitnehmerseite, die eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 %, mindestens aber 500 € verlangt, hat nicht nur eine nahezu historisch einmalige Dimension, sie ist auch ein erhebliches zusätzliches Haushaltsrisiko, das den

Steuerzahler stark belasten würde. Wenn die Tarifverhandlungen nur bei der Hälfte landen, dann bedeutet das für die Stadt Ulm zusätzlichen Personalaufwand von 5 Mio. €. Das bedeutet, mit einem Tarifabschluss ist das komplette Volumen unseres Konsolidierungspaketes der Jahre 2022 und 2023 wieder aufgezehrt. Vor diesem Hintergrund kann ich die Tarifparteien nur ermahnen, zu einem **maßvollen und vor allem schnellen Ergebnis** zu kommen.

- Unter Berücksichtigung von Stellestreichungen und -schaffungen beläuft sich der Stellenbestand auf 2.548 Personalstellen, die sich auf rund 3.600 Mitarbeitende verteilen. Ihnen allen danke ich herzlich für ihren **engagierten und kompetenten Dienst zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger**.

## 5. Investitionen

### 5.1. Investitionsschwerpunkte im Finanzhaushalt 2023

Der Haushalt 2023 zeichnet sich durch ein Investitionsvolumen auf Höchststand aus. Lassen Sie mich auf die wichtigsten Vorhaben eingehen.

- Dem **Hochbau** stehen 38 Mio. € zur Verfügung: Das meiste Geld davon, fast 30 Mio. €, wird im Bereich Bildung und Soziales investiert. Dabei handelt es sich vorwiegend um die **Sanierung und Erweiterung von Schulgebäuden, Turnhallen und Mensen**, wie z.B. die Erweiterung des Anna-Essinger-Schulzentrums (4 Mio. €), die Sanierung der Friedrich-List-Schule (10 Mio. €), die Erweiterung der Mensa an der Astrid-Lindgren-Schule (1,6 Mio. €) und die Sanierung der Turnhalle an der Elly-Heuss-Realschule (2,6 Mio. €). In den **Neu- und Ersatzbau von Kindergärten** werden insgesamt rund 7 Mio. € investiert, unsere Ausbauoffensiven II bis IV kommen voran.
- Für Investitionsmaßnahmen im Tiefbau wollen wir im nächsten Jahr über 53 Mio.€ ausgeben. Allein auf die Sanierung von Brückenbauwerke entfallen darauf über 15 Mio. €.
- Der höchste Einzelbetrag macht dabei mit 5,3 Mio. € die **Sanierung von Wallstraßen- und Blaubeurer-Tor-Brücke** aus. Ein Projekt, das uns nach den jüngsten Erkenntnissen dazu zwingt, 182 Mio. € für die Sanierung beider Brückenbauwerke nicht - wie bisher vorgesehen - in 15 Jahren auszugeben, sondern in der Hälfte der Zeit. Dass dies Konsequenzen in Ablauf und Personaleinsatz haben muss, liegt auf der Hand. Deswegen werden über die Änderungsliste weitere 3 Ingenieurstellen bei VGV und KOST beantragt. Das innovative Vergabemodell des Partnering-Verfahrens, bei dem das ausführende Bauunternehmen sehr früh in die Planung miteinbezogen wird, soll uns dabei helfen, diese Herausforderung zu meistern.
- Der Um- und Ausbau einer klimagerechten Mobilitätsinfrastruktur verlangt ebenfalls an vielen Stellen Investitionen: So werden für den Bau von Radwegen 6 Mio.€ eingeplant, für den Neubau des ZOB sind 1,6 Mio. € und für die Modernisierung von Haltestellen ist 1 Mio. € vorgesehen.
- Eine der wichtigsten Investitionen in **moderne und klimagerechte Mobilität** **war und ist der Bau der Linie 2 mit der Mobilitätsdrehscheibe Bahnhofs-**

**platz.** Auch dafür enthält der Haushalt 2023 restliche Finanzierungsraten, nämlich für den Bahnhofsvorplatz 7 Mio. € und weitere 5 Mio. € für die Linie 2. Mit diesen, auf dem Masterplan Citybahnhof beruhenden Investitionen wurde in den letzten Jahren nicht nur eine Investitionssumme von über 600 Mio. € bewegt, es wurde vor allem ein neues, modernes und zukunftsfähiges Stück Stadt gebaut, dass für die weitere Entwicklung und Dynamik durch die am 11. Dezember in Betrieb gehende Schnellbahnstrecke Stuttgart - Ulm maßgeblich ist.

- Nicht nur im Umbau und der Ertüchtigung der Mobilitätsinfrastruktur sowie der energetischen Gebäudesanierung fordert der Klimawandel einen hohen investiven Einsatz, sondern auch bei der **Klimafolgenanpassung**. So sind im Bereich der Grünanlagen fast 2 Mio. € und beim Starkregen- und Hochwasserschutzes rund 3 Mio. € eingeplant. Das zeigt, dass wir bei aller Sorge um eine sichere Energieversorgung und bei allem aktuellen Krisenmanagement die **zentrale Aufgabe Klimaschutzes und die Umsetzung der daraus resultierenden Investitionsmaßnahmen** nicht aus dem Auge verlieren, sondern es konsequent weiterverfolgen, so wie wir es in der Klimaschutz-**Debatte hier im Gemeinderat im Frühsommer** auch beraten haben.
- Und eine weitere Debatte des Gemeinderats greift der Haushalt 2023 auf: Die **Wohnungsbaudebatte**. Für die Erschließung weiterer Wohnbaugebiete sind fast 4 Mio. € eingeplant. Ferner plant die **UWS Investitionen in Höhe von 69 Mio. € in Neubau und Modernisierung ihres Wohnungsbestandes**. Derzeit befinden sich 300 Wohnungen im Bau, im kommenden Jahr werden davon 190 Wohnungen fertiggestellt und weitere 92 Wohnungen modernisiert. Dazu kommt: Unser **Grundstückstopf für den Grunderwerb wird wieder beständig gefüllt mit jährlich 16 Mio. €**, eine Einrichtung, um die uns viele andere Kommunen sowohl dem Grunde wie der Höhe nach beneiden. Mit diesem Grundstückstopf wird die Grundlage der Ulmer Bodenpolitik erst ermöglicht, nämlich einen langfristigen Bodenvorrat bereit zu stellen.
- Im Investitionshaushalt 2023 sind ferner 11 Mio. € für den Erwerb von Finanzvermögen eingeplant, insbesondere 5 Mio. € für Gesellschafterdarlehen, zur Investitionsfinanzierung im Wohnungsbau und in der Infrastruktur sowie zur Liquiditätsversorgung der städtischen Gesellschaften, insbesondere auch der Stadtwerke in der Energiekrise.

- Weitere 11 Mio. € gehen in die Investitionsförderung, insb. in unsere Sanierungsgebiete (6,4 Mio. €) im Dichter- und Wegenviertel sowie in der Bahnhof- und Hirschstraße. Zusammen mit der Städtebauförderung ist das ein ganz aktiver Beitrag zur Konjunkturförderung und zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und der Stadtquartiere.

## 5.2. Fortschreibung der Investitionsstrategie 2022 bis 2031

Mit dem Haushalt 2023 und der mittelfristigen Finanzplanung wird dieses Jahr auch wieder die Investitionsstrategie bis zum Jahr 2031 fortgeschrieben.

### 5.2.1. Investitionsvolumina

- Sie ist wieder ein eindrucksvoller Beleg für die **Zukunftsfähigkeit und das Entwicklungspotenzial unserer Stadt**: Denn eine Stadt, in der nicht investiert wird, findet keine gute Entwicklung statt, in ihr gibt es keine Zukunft.
- Stolze 1,2 Mrd. € an Investitionsbedarfen bis 2031 und darüber hinaus sind in langen Listen aufgelistet. Eine alte Erkenntnis bestätigt sich dabei erneut: 2/3 der Investitionsbedarfe entfallen auf Sanierungsinvestitionen, rund 15 % auf die Erweiterung bestehender Infrastrukturen und rund 18 % auf den Neubau. Über 4/5 unseres Investitionsprogramms der nächsten 10 Jahre betrifft also die Sanierung, Erneuerung und Erweiterung von bereits bestehenden Bauwerken. **Es geht also darum, das Vorhandene, das in die Jahre gekommen zu erhalten und an moderne Anforderungen anzupassen.** Es geht nicht darum, Neues zu bauen.
- Das, was bundesweit als Sanierungsstau bekannt ist, existiert auch in Ulm, und zwar mit wachsender Tendenz. Ein beredtes Zeugnis davon geben die Korrosionsschäden an unseren Brücken oder real existierende Mängel in so manchem Schulgebäude. Da ist es keine Überraschung, dass unter den Top 5 der Sanierungsbedarfe die Schulgebäude (370 Mio. €, 32 %), die Brückenbauwerke (330 Mio. €, 28 %), die Straßen (100 Mio. €, 8 %), die Sporthallen und Sportanlagen (90 Mio. €, 7 %) und die Verwaltungsgebäude (70 Mio. €, 6 %) sind. All dieses Infrastrukturvermögen, das von den Generationen vor uns aufgebaut wurde, braucht unsere Aufmerksamkeit und unsere Investitionskraft, damit wir dieses **Vermögen nachfolgenden Generationen gut und funktionsfähig hinterlassen können.**

### 5.2.2. Investitionsprioritäten und Investitionsrisiken

- Das wird nur gelingen, wenn wir die **richtigen Schwerpunkte setzen und Prioritäten in unserem Investitionsverhalten festlegen und durchhalten**. Mit der Fortschreibung der Investitionsstrategie legen wir dafür die Grundlage. So sind von den 1,2 Mrd. € an städtischen Investitionsbedarfen rund 490 Mio. € auf die nächsten 5 Jahre von 2023 bis 2027 vorgezogen und priorisiert worden. Das heißt, in den nächsten 5 Jahren jedes Jahr fast 100 Mio. € in städtischer Bauherrschaft an Hoch- und Tiefbaumaßnahmen umzusetzen. Dafür sind wir bereit, bei Erforderlichkeit 100 Mio. neue Schulden zu machen. Im Umkehrschluss heißt das aber auch, um nicht noch mehr neue Schulden machen zu müssen, rund 700 Mio. € an Investitionsbedarfen auf die danach folgenden Jahre von 2028 bis 2031 und darüber hinaus zu verschieben. Dies durchzuhalten, **es bei dieser Priorisierung zu belassen und dafür zu sorgen, dass die gesetzten Prioritäten auch in Zeit und Kosten umgesetzt werden**, ist der eigentliche **Kern der Investitionsstrategie**.
- Dem Sanierungsschwerpunkt folgend ist es folgerichtig, die Landesgartenschau 2030 für eine groß angelegte Stadtreparatur der städtischen Verkehrsachse entlang der B10 zu nutzen. Innerhalb der Investitionsstrategie setzt sie nicht nur einen gestalterischen Akzent, sondern vor allem einen finanziellen Schwerpunkt. Vom prognostizierte Investitionsvolumen von 300 Mio. € entfallen allein 182 Mio. € auf die Sanierung bzw. den Ersatz der beiden großen Brückenbauwerke Wallstraßenbrücke und Blaubeurer-Tor-Brücke. Die anderen 120 Mio. € entfallen auf die Maßnahmen aus dem Rahmenplan der LGS. Damit uns diese Operation am offenen Herzen unserer Stadt gelingt, brauchen wir nicht nur eine Menge Geld aus Fördermitteln und Genussrechtskapital, sondern vor allem eine hervorragend aufgestellte Koordinierungsstelle und einen reibungslosen, gut gemanagten Planungs- und Bauverlauf.
- Nicht verschweigen möchte ich, dass die Investitionsstrategie **erhebliche Risiken beinhaltet**, die bei der Umsetzung in den einzelnen Jahren und entlang der einzelnen Maßnahmen abgewogen werden müssen. Die **Entwicklung des Baupreisindex** der letzten Jahre zeigt, dass bis zum Zeitpunkt der Realisierung der Baumaßnahmen teilweise mit mehr als 20 % Kostensteigerungen gerechnet werden muss. Niemand kann sagen, in welchem Umfang und welcher Intensität sich der Ukraine Krieg, die Material- und Rohstoffknappheit und die Preisentwicklung auf unser Investitionsprogramm auswirken werden. Deswegen gilt es, sehr aufmerksam und wachsam die weitere Entwicklung zu beobachten und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Bei erheblichen Kostensteige-

rungen kann dies im äußersten Fall zur Folge haben, dass noch nicht begonnene Investitionsvorhaben neu priorisiert und ggf. nach hinten geschoben werden müssen, um die Finanzierung der bereits begonnenen Maßnahmen in Folgejahren sicher zu stellen.

## 6. Schluss

- **Zuversicht in unsicheren Zeiten** - so habe ich eingangs diesen Haushaltsplanentwurf überschrieben. Möge dieser Impuls auch unsere anstehenden Haushaltsberatungen begleiten.
- Am Ende meiner Rede möchte ich all denjenigen herzlich danken, die zur Erarbeitung dieses umfangreichen Planwerks beigetragen haben. Herrn Eppler, Frau Hertenberger und dem ganzen Team der Haushaltsabteilung sowie Frau Baumgartl und den Kolleginnen und Kollegen der Personalabteilung. Und natürlich allen anderen Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung, die dazu beitragen, dass wir einen gut geführten und solide aufgestellten und vollzogenen Haushalt Jahr für Jahr haben. Herzlichen Dank dafür.
- Schließen möchte ich mit einem Zitat aus der Rede zur Lage der Nation unseres Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die er am 28.10.2022 im Schloss Bellevue gehalten hat. Er sagte unter anderem:
- "Ich bin überzeugt: Unser Land hat die Kraft, Krisen zu überwinden. Es hat die Menschen, die immer wieder dafür arbeiten, die Unternehmerinnen, die Forscher, die Ingenieure, die Facharbeiterinnen. Unser Land hat das Wissen und die Ideen, die Erfahrung von Generationen und den Ehrgeiz der Jugend. Vertrauen wir einander – und vertrauen wir uns selbst! Und lassen wir uns nicht entmutigen vom Gegenwind, der uns in dieser neuen Zeit entgegenweht. **Es kommt nicht darauf an, dass alle dasselbe tun – aber dass wir eines gemeinsam im Sinn haben: alles zu stärken, was uns verbindet!**"